

An Herrn Bürgermeister  
Christoph Becker  
Rathausstraße 2  
53332 Bornheim

Dilara Görgen  
(Vorsitzende)  
Fatima Bösche

Bornheim, den 01.05.2023

### **Antrag: Vorschlag zur Einrichtung von Antidiskriminierungsstelle in Bornheim**

Sehr geehrter Herr Becker,

ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Integrationsausschusses zu setzen:

#### **Beschlussvorschläge:**

Der Bürgermeister beauftragt die Verwaltung alle Informationen zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle in Bornheim zu überprüfen und hierüber in der nächsten Sitzung zu berichten.

#### **Begründung:**

In einer Stadt mit der Einwohnerzahl von Bornheim muss wohl leider damit gerechnet werden, dass Diskriminierungsfälle nicht nur vereinzelt vorkommen. Mit Blick auf unsere diverse Gesellschaft sind daher die Existenz leicht zugänglicher und effizienter Beschwerdesysteme für Betroffene von Diskriminierung zum einen sowie Bemühungen zur Diskriminierungsprävention zum anderen unerlässlich.

Mit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gibt es seit 2006 auf Bundesebene die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Sie ist eine unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Aus der repräsentativen Umfrage der ADS zu „Diskriminierung im Alltag“ geht hervor, dass sich jeder dritte Einwohner in Deutschland nach den im AGG genannten Merkmalen diskriminiert fühlt. Einer Studie des Sachverständigenrates Deutscher Stiftungen für Integration und Migration zufolge fühlen sich Migranten stärker diskriminiert, wenn sie erkennbar anders aussehen, mit Akzent sprechen oder als Angehörige muslimischen Glaubens eingeordnet werden. Auch unsere Stadt ist davon nicht ausgenommen. Deshalb muss hier näher hingeschaut werden. Denn uns ist daran gelegen das gute Klima in unserer Gesellschaft stets weiter zu

verbessern. Dabei gilt es, auch präventiv Maßnahmen in die Wege zu leiten, die das gute Zusammenleben in unserer Stadt weiter fördern. Ein wichtiger Ansatz hierfür ist erfahrungsgemäß die Einrichtung eines sog. Antidiskriminierungsbüros als Anlaufstelle vor Ort. Für den Integrationsausschuss ist es ein wichtiges Anliegen, das friedliche Zusammenleben und die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Stadt mit seiner Arbeit aktiv zu fördern. Für ein Gelingen dieses Vorhabens ist es von großer Bedeutung, möglichst viele Akteure zusammenzubringen und die aktuelle Situation in unserer Stadt zu analysieren und darauf aufbauend kontinuierlich zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen

Dilara Görgen

Fatima Bösche